

**DEMONTAGEN IN DER SBZ UND BERLIN 1945-1948:
SACHTHEMATISCHES INVENTAR**

Klaus Jochen Arnold

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges demontierte die Sowjetunion in ihrer Besatzungszone und Berlin rund 3470 Objekte; 5.114.000 Millionen Tonnen Material wurden abtransportiert. Der Abbau kompletter Industrieeinrichtungen, vor allem der Rüstungsindustrie, erfolgte gemäß den alliierten Erklärungen von Jalta und Potsdam 1945 zur Entmilitarisierung und diente in der SBZ als Reparationsleistung für die im Zweiten Weltkrieg durch das Deutsche Reich in den sowjetischen und polnischen Gebieten angerichteten Zerstörungen.

Der Abtransport von wertvollen – zumeist den modernsten – Industrieanlagen sowie wichtiger Teile der Infrastruktur, insbesondere von Gleis- und Kommunikationsanlagen, hatte einschneidende Folgen für die Wirtschaft der SBZ und die spätere Entwicklung der DDR. Die Demontagen wurden in mehreren Wellen vorgenommen; nicht selten fielen unter großen Anstrengungen aufgebaute Betriebe einem neuerlichen Abbau zum Opfer. Auch die Haltung der Deutschen gegenüber der Besatzungsmacht wurde durch die oft als willkürlich und kontraproduktiv empfundenen Maßnahmen beeinflusst – und nicht ohne Grund wurde dieses Thema in den Nachkriegsjahren kontrovers diskutiert.

Gleichwohl sind wichtige Aspekte der sowjetischen Demontagepolitik und ihrer Folgen bislang nicht näher untersucht worden. Welche Bedeutung die Demontagen für den sozialen Wandel der ostdeutschen Gesellschaft besaßen, ist eine der Fragen, für die sich die Forschung in wachsendem Maße interessiert. Dazu gehören beispielsweise auch die teilweise brutalen Umstände, unter denen 1945/46 Hunderttausende für Abbaumaßnahmen eingesetzt wurden.

Im Jahr 1997 stieß Jochen Laufer (ZZF) im Bestand des Chefs der Zentralen Statistischen Verwaltung der UdSSR in Moskau auf eine „Liste der demontierten und in die UdSSR aus der SBZ in Deutschland abtransportierten Betriebe“. Dieser Fund war Anlaß für zwei Arbeitstreffen deutscher und russischer Historiker und Archivare, die schließlich in ein gemeinsames Projekt des Brandenburgischen Landeshauptarchivs und des Zentrums für Zeithistorische Forschung mündeten, das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert wird.

Ziel des Projektes ist die systematische Erfassung der Quellen mit Demontagebezug auf der Ministerialebene, außerdem die Verifizierung der Moskauer Liste („ZZF-Liste“). Mit Hilfe des sachthematischen Inventars soll die Forschung beflügelt und ein Arbeitsmittel bereitgestellt werden, entsprechende Quellen in den Archiven zügig aufzufinden. Außerdem kann auf diese Weise eine Voraussetzung für die künftige Erschließung der sowjetischen Quellen geschaffen werden. Weitere Informationen bietet die Website www.zzf-pdm.de/demontage.html.

Kontakt: arnold@zzf-pdm.de